

Vorlage-Nr.: **2206-2019/DaDi**
(Referenz-Vorlage: 2169-2019/DaDi)

Aktenzeichen: 792-006

Fachbereich: Fraktion der Alternative für Deutschland
Seiler, Ulf, Prof.

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Dieselfahrverbot in der Darmstädter Innenstadt – Änderungsantrag AfD**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag lehnt die im Zusammenhang des Darmstädter „Luftreinhalteplans“ gegen Autofahrer gerichteten Maßnahmen der Stadt ab, die das Ziel verfolgen, die Benutzung eines PKWs generell zu erschweren, Straßenflächen zu verengen, und PKW Fahrer gewissermaßen zu vergraulen. Der Kreistag erlaubt sich den Hinweis an die Verantwortlichen der Stadt, dass sowohl eine autofreie Stadt als auch ein autofreier Landkreis die Bewegungsfreiheit der Bürger des Landkreises in unerträglicher Weise beeinträchtigen würde.
2. Der Kreistag fordert die Stadt auf, stattdessen endlich in Abstimmung mit dem Landkreis die Planung von Entlastungsstraßen, insbesondere der fehlenden Nordost- Umgehung voranzubringen.
3. Der Kreistag lehnt den Ausbau der Straßenbahn in Darmstadt ab, wenn wieder nur, wie im Fall der Lichtwiesen-Bahn, Insellösungen ohne jeden Bezug zum Landkreis mit hohen Kosten für den Steuerzahler ohne Rücksicht auf regionale Integration geplant und gebaut werden.

Begründung:

Jedem, der regelmäßig mit dem PKW in die Darmstädter Innenstadt fahren muss, fällt auf, dass die Stadt Maßnahmen im Sinne einer „autofreien Stadt“ ergriffen hat. So wurden die Fahrbahnen der Heidelberger- und der Rheinstraße durch überdimensionierte Fahrradwege auf teilweise nur noch eine Spur verengt, Park- und Rideplätze, wie am Ostbahnhof, abgeschafft, der City-Ring wird offenbar absichtlich durch die Bauabsperzung einer längst abgeschlossenen Baumaßnahme verengt. Folge ist, dass der Stau für Pendler aus dem Landkreis zum Dauerzustand wird.

Es ist höchste Zeit, dass die Stadt Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg endlich Lösungen für das drängende Verkehrsproblem erarbeiten, die auch die Interessen der Bewohner des Landkreises berücksichtigen. Letztlich kommt das auch der Stadt Darmstadt zugute, da eine nicht unerhebliche Zahl an Pendlern in Darmstadt arbeitet.